Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jeversches Wochenblatt
1923

39 (16.2.1923)

urn:nbn:de:gbv:45:1-112002

Visual Library

Jeversches Wochenblatt

Jeverländische Nachrichten

Erscheint an jedem Werktage nachmittags.
Bezugspreis: Monatlich 1200,00 Mk. (einschließlich Bringerlohn, jedoch ohne Postbestellgebühr). — **Einzelnummer 50,— Mk.**

Im Falle von Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Maschinenbruch, höhere Gewalt, sowie Ausbleiben des Papiers usw., hat der Bezieher keinerlei Anspruch auf die Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kleinschriftzeile oder deren Raum kostet für Jever und Jeverland 100 Mk., sonst 150 Mk. — Anpreisungen am Schluß des Schriftteils kosten 500 Mk. die Zeile.

Druck und Verlag: C. L. Mettcker & Söhne, Jever i. O. Fernsprech-Anschluß Nr. 4.

Nummer 39. Jever i. O., Freitag den 16. Februar 1923. 133. Jahrgang.

Faule Nutznießer.

Ueber Frankreichs wirtschaftliches Unvermögen schreibt H. G. Held in der „Deutschen Zeitung“:

Der militärische und wirtschaftliche Druck Frankreichs bildet das Mittel zu einem doppelten Zweck: Einmal zum Zwecke der politischen Zerstückelung des so verhaßten Gebildes des Deutschen Reiches, das andere Mal zum Zweck der restlosen und gefügigen Nutzbarmachung der noch bestehenden Kraftquellen unserer Wirtschaft für den französischen Geldsack. Daß Frankreich zu der Schaffung einer eigenen hochwertigen Industrie, selbst bei weitreichendster aktiver Unterstützung durch unsere Wirtschaft völlig unfähig ist, zeigt zur Genüge das Beispiel Lothringens und des Saargebietes.

Durch den Schandfrieden von Versailles erhielt Frankreich bereits zwei hochbedeutsame Kraftzentren deutschen Gewerbefleißes zugesprochen: Die lediglich durch die Tatkraft deutscher Arbeiter und Unternehmer geschaffene hochentwickelte Erz- und Eisenindustrie Lothringens und das kohlenreiche Saargebiet. Darüber hinaus hat sich gallische Habgier noch zur ausreichenden Belieferung der ihr zugefallenen großen Eisenwerke mit Kohlen gewaltige Mengen deutscher Kohle für zehn Jahre auf Entschädigungskonto, also ohne jede geldliche oder warenmäßige Gegenleistung zu sichern gewußt. Das Ergebnis französischer Industrialisierungskunst liegt nunmehr zweifelsfrei vor und sei an der Hand eines untrüglichen Zahlenmaterials hiermit einer breiten Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Die Kohlenförderung des Saargebiets ist auf rund die Hälfte der Ausbeute vom Jahre 1913 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum sank Frankreichs Roheisenerzeugung, die 1913 noch insgesamt ohne die neuerworbenen großen lothringischen Eisenhüttenwerke 5 126 000 To. betragen hatte, auf 4 900 000 To. Gesamtertrag einschließlich der uns abgenommenen Hochöfen. Aehnlich verhält es sich mit der Produktion von Gußstahl. Hier verminderte sich die Erzeugung von 4 614 000 To. 1913 auf 4 375 000 To. im Jahre 1922 trotz des so erheblichen Zuwachses an neuen hochwertigen Werken. Kann sich der Verfall unserer ehemals so blühenden Industrie unter französischer Herrschaft klarer offenbaren, als es in diesen Zahlen geschieht? Frankreichs ganze wirtschaftliche Unfähigkeit kommt darin ungeschminkt zum Ausdruck. Der Zahlen unerbittliche Sprache bringt es dem größenwahnsinnigen Gallierlande unmißverständlich zum Bewußtsein, daß es durch eigene Kraft niemals einen nicht von ihm selbst ins Leben gerufenen Wirtschaftsorganismus größten Ausmaßes auch nur auf der übernommenen Höhe erhalten kann. Diese Einsicht, die sich Frankreich wohlweislich hütet, vor der Welt offen einzugestehen, ist der wahre Vater des „Zusammenarbeits“-Gedankens. Der Rentner- und Räuberstaat weiß die Regsamkeit und Organisationskunst seines jugendkräftigen Nachbarvolkes sehr wohl zu schätzen. Durch Gewaltanwendung will er diese von ihm voll anerkannten und gewerteten Eigenschaften seinem nackten arbeitsscheuen Profitstreben dienstbar machen. Nicht an eine ehrliche Zusammenarbeit und den Austausch der gegenseitigen Erzeugnisse auf der Grundlage vollster Gleichberechtigung und selbstverständlicher Vertragsfreiheit denkt Frankreich auch nur einen Augenblick. Pfänder zu seiner mühelosen Bereicherung erstrebt es — den kapitalistischen Fronvogt will es spielen, die wirkliche Arbeit aber den deutschen Heloten überlassen. Die letzten Energiezentren unserer wirtschaftlichen Kraft will es als uneinlösbare Pfänder und willkommene Ausbeutungsobjekte für alle Zeiten in seinen Dienst zwingen. Zur Durchsetzung dieser Absichten muß ihm die Entschädigungsfrage verhelfen. Fürwahr, durchsichtig genug ist die angewandte Kampfart! — Die Barzahlungen und sonstigen Lieferungsverpflichtungen sind von vornherein unerfüllbar hoch — leider mit unserer höchsteigenen Zustimmung — festgesetzt worden. Den Ausfall sollen Pfänder oder was so ziemlich auf dasselbe hinausläuft, Zwangsbeteiligungen der französischen Wirtschaft an der unsrigen ersetzen. Zwangsbeteiligungen, die infolge ihres ausgesprochenen Zwangscharakters und der ausschließlich und völlig einseitig von dem einen Teil der sogenannten Vertragsgegner festzusetzenden Anteilshöhe notwendig die Wirkung einer vorläufigen Teilenteignung zur Folge haben müssen. Deutschlands Arbeiter und Unternehmer sollen durch ihre Arbeitskraft und Organisationskunst die Herauswirtschaftung eines möglichst hohen Ertrages ihrer Betriebe garantieren, den Frankreich auf Entschädigungskonto ohne jeden Gegenwert mühelos einzustreichen erhofft.

Hauptnutznießer, Nichtstuer und Geißel schwingender Aufsichtsvogt in einer Person, das ist die Stellung, die es sich durch die Verwirklichung des „Zusammenarbeits“-Gedankens mit aller Macht zu verschaffen bemüht ist. Und wie in diesen Tagen nationaler Hochspannung der einmütige Abwehrwille einer großen Nation sich den politischen Zerstückelungsversuchen des Erbfeindes kraftvoll entgegenstellt, so muß auch dieselbe stahlharte Entschlossenheit zur Abwehr der Verschiebung der Entschädigungsfrage auf das „Zusammenarbeits“-Gleis einsetzen. **Darum Hände weg von der deutschen Wirtschaft, der letzten noch ragenden Säule unserer einstigen staatlichen Macht, allen fremden Lügenaposteln und heimischen Verständigungsfanatikern zum Trotz.**

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Der passive Widerstand unerträglich.

T.-U. Essen, 15. Februar. Durch Zufall ist dem „Vorwärts“ ein Brief eines französischen Offiziers, der in Essen stationiert ist, und an dessen Frau gerichtet war, in die Hände gefallen. In dem Briefe heißt es u. a.: Es sei gar kein Gedanke daran, daß seine Frau nach Deutschland kommen könnte. Er und seine Kameraden sehnten sich furchtbar nach der Eifel zurück. Dort sei die Bevölkerung ganz anders. Der passive Widerstand, der von Tag zu Tag im Industriegebiet zunehme, sei geradezu unerträglich. Kein Mensch verkehrt mit uns, keiner würdigt uns auch nur eines Blickes. Dazu kommt die Sorge, was aus der Geschichte werden soll. Große Sorge machen auch die Mannschaften. Die Unruhen mehren sich. Aufrührerische Reden würden laut. Es ereigneten sich Fälle von Desertionen. Die Leute, die nur zu einer 50tägigen Uebung eingezogen worden waren, könne man nicht mehr halten, da sie nach Ablauf dieser Zeit schnellstens wieder nach Frankreich zurückkehren würden. Die französischen Eisenbahner, die aus den friedlichen Verhältnissen herausgerissen seien, murren und ließen es auch an der nötigen Arbeitsfreudigkeit fehlen. Auch die belgischen Soldaten seien unzuverlässig. Man habe kürzlich zwei Regimenter auswechseln müssen

Gelsenkirchen wieder frei.

Gelsenkirchen, 14. Februar. Gelsenkirchen ist heute nachmittag um 3 Uhr wieder von den Franzosen geräumt worden und ist jetzt völlig frei.

Die Einstellung des internationalen Schnellzugverkehrs.

Berlin, 14. Februar. Das Auswärtige Amt antwortete der französischen Botschaft auf die Note vom 31. Januar wegen der Einstellung der Schnellzugsverbindungen Paris—Köln, Berlin—Warschau und Berlin—Eydtkuhnen—Riga wie folgt:

„Wie der französischen Regierung bereits auf die bei der deutschen Botschaft in Paris angebrachte Beschwerde über die Einstellung aller Schnellzugsverbindungen mitgeteilt wurde, zwangen die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verursachte und inzwischen durch die Besetzung weiteren deutschen Gebietes verschärften Verkehrsschwierigkeiten die Reichsbahnverwaltung zu stärkerer Einschränkung der fahrplanmäßigen Zugverbindungen. So mußten am 1. Febr. etwa 40 Proz. der deutschen Schnellzüge eingestellt werden. Die Einschränkungen wurden in erster Linie naturgemäß bei den Zügen eingeführt, die, wie die Luxus- und Schlafwagenzüge, von nur verhältnismäßig wenig Reisenden benutzt zu werden pflegen. Dazu gehören die Züge, die bisher die alliierten Wagen der Linien nach Warschau, Riga und Prag—Bukarest durch deutsches Gebiet beförderten. Die Einstellung der Züge ist eine durch das Vorgehen Frankreichs und Belgiens erzwungene Notstandsmaßnahme, die behoben wird, wann und insoweit die Verhältnisse es gestatten.“

Gleichlautende Erklärungen haben die belgische und die polnische Gesandtschaft erhalten.

Allgemeiner Proteststreik in Essen.

T.U. Essen, 15. Febr. Aus Anlaß der Verhaftung des Bürgermeisters Dr. Schäver treten die gesamten städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter in einen 24stündigen Proteststreik. Aus dem gleichen Grunde haben die Geschäfte in Essen heute eine Stunde geschlossen. Der Kreislehrerrat hat angeordnet, daß der Unterricht in den Volksschulen heute auszusetzen ist. Die Kinder sind nach kurzer Ansprache zu entlassen.

Protest des badischen Landtages gegen die Ruhrbesetzung.

T.U. Karlsruhe, 14. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des badischen Landtages protestierte Landtagspräsident Wittmann in einer Entschließung gegen den Einfall der Franzosen in das badische Gebiet. Der Präsident erklärte, daß der badische Landtag alles anerkenne, was das Reich und die badische Regierung in dieser Angelegenheit getan hätten. Er hoffe von der badischen Bevölkerung Treue zum Reich und zur badischen Regierung. Dem württembergischen Staatspräsidenten Hieber dankte er für die Teilnahme, die er für das über Baden hereingebrochene Unheil bekundet habe. Das ganze Haus mit Ausnahme der Kommunisten billigte im vollen Umfange das Verhalten der Regierung. Die Kommunisten erklärten, daß sie auch gegen die Besetzung des badischen Gebiets protestierten, aber dagegen seien, daß die ganze Frage der Besetzung des Landes im Landtage erörtert werde.

Ein französischer Offizier verprügelt.

Gelsenkirchen, 14. Februar. Hier kam es zu einem neuen Zwischenfall. Ein französischer Offizier stieg in die Straßenbahn ein. Er wurde aber wieder aus dem Wagen herausgeholt. Eine Schupostreife versuchte, ihn zu schützen, was aber nicht gelang. Die Menge verprügelte den Offizier, der schwere Verletzungen erlitt. Er befindet sich jetzt in Schutzhaft.

Militärdiktatur in Essen.

Essen, 14. Februar. Divisionsgeneral Founier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und der Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.
2. Den alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, in allen für das Publikum geöffneten Lokalen sich bedienen zu lassen. Im Weigerungsfalle wird das Lokal geräumt, erforderlichenfalls wird Gewalt angewendet.
3. Den alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, in allen für das Publikum geöffneten Geschäften zu kaufen, was sie nötig haben. Im Falle der Verkaufsverweigerung wird das Geschäft geschlossen, erforderlichenfalls mit Gewalt.

Nicht mehr Pfand, sondern Knebel.

Berlin, 14. Febr. Die „Zeit“ veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Erfolgloser Zermürbungsfeldzug“ folgende Mitteilungen, die offenbar von industrieller Seite stammen:

„Nachdem der Versuch, sich mit der Großindustrie des Ruhrreviers zu verständigen, mißlungen ist, nachdem es weiterhin nicht gelungen ist, die Arbeiterschaft gegen die Großindustrie aufzuhetzen und mit ihrer Hilfe die französischen Ziele zu erreichen, ist die französische Politik nunmehr in ihr drittes Stadium getreten, das der französische Finanzminister in einem vor der Besetzung gegebenen Interview wie folgt kennzeichnete: Ein gütiges Geschick hat uns die Schlagader Deutschlands dicht an unsere Grenze gelegt. Die außerordentlich fein organisierte Industrie des Ruhrgebiets ist durch wenige Eingriffe lahm zu legen. Ist dies geschehen, so muß die Industrie Gesamtdeutschlands feiern. Wir haben es also in der Hand, die Industriellen zu zwingen, ihren Einfluß auf die deutsche Regierung dahin geltend zu machen, daß diese die französischen Forderungen annimmt. — Die französische Rechnung ist richtig bis auf einen Punkt: Wie wir von maßgebender Seite hören, denken die Großindustriellen gar nicht daran, mit der französischen Industrie in Unterhandlungen zu treten, am allerwenigsten nach der haarsträubenden Behandlung, die ihren Führern in Mainz zuteil geworden ist. Sie denken aber vor allem nicht daran, irgendwie die Regierung beeinflussen zu wollen, auch nur einen Schritt von dem Wege abzugehen, den sie für richtig erkennt. Man ist sich bewußt, daß die nächsten Wochen uns außerordentliche Prüfungen auferlegen werden. Ebenso bestimmt rechnet man aber mit einem deutschen Enderfolg.“

Die Blutopfer des Ruhrgebiets.

In vier Wochen 14 Tote.

Eine „Sicherung wirtschaftlicher Pfänder“ nannte Poincaré den Einbruch in das Ruhrgebiet. General Degoutte bezeichnete in seinem Erlasse an die Essener Bevölkerung die Invasion seiner Armee in Deutschlands Wirtschaftszentrum als eine „friedliche Mission“. Trotz dieser Versicherungen der äußersten Friedfertigkeit kostete uns Deutsche der Wahnsinn des Lothringer Advokaten 14 Menschenleben. Es fielen der Wut der entfesselten Soldateska zum Opfer:

Am 19. 1. in Bochum: der Jugendliche Briewe,
am 19. 1. in Langendreer: der Krankenpfleger Kowalsky,
am 27. 1. in Trier: ein Arbeiter,
am 30. 1. in Bochum: ein Zugschaffner,
am 1. 2. in Brechten: der Schuldiener Haumann,
am 2. 2. in Essen: der Schuhmacher Stockhorst,
am 2. 2. in Kastel: der Arbeiter Kuhn,
am 3. 2. in Mainz: der Nachtwächter Embach,
am 4. 2. in Bilk: ein spielendes Kind,
am 7. 2. in Mainz: der Maschinist der Firma Fröhlich u. Betzel.

Außer diesen Toten, die das wehrlose deutsche Volk zu beklagen hat, mußten ferner infolge französischer Rücksichtslosigkeiten ihr Leben lassen:

Am 13. 1. Ingenieur Bosch aus Essen, von einem Militärauto totgefahren,
am 2. 2. ein Arbeiter aus Mainz, von einem Soldaten erschossen,
am 6. 2. ein Bergmann in Gladbeck, von einem Militärauto totgefahren,
am 9. 2. starb an den Folgen französischer Brutalität Forstrat Stamminger, der trotz schweren Leidens aus dem Krankenbett herausgeholt und in einem offenen Auto verschleppt wurde.

In vier Wochen 14 Tote, geopfert einer „friedlichen Aktion“. Die Vertreter der „grande nation“ nennen das alles „keine militärische Aktion“ und Sicherung der Tätigkeit der Ingenieurkommission, die bis heute im Essener Kaiserhof residiert, ohne nennenswerte Mengen Kohle nach Frankreich zu schicken — worauf es nach dem Worte Poincarés ankommen sollte, was jedoch in letzter Linie der Zweck des Einbruchs in deutsches Land ist. Das Hauptziel nannte der Kommandeur der 47. Division in Recklinghausen, Laignelot: „Bis die Bevölkerung vor mir auf den Knien liegt.“ Daß die deutsche Bevölkerung, in der festen Ueberzeugung, das Recht auf ihrer Seite zu haben, der drohenden Knechtschaft passiven Widerstand entgegensetzte, entfesselte die Wut der Eroberer. Dieser Wut fielen die 14 Menschen zum Opfer.

Verhaftungen und Ausweisungen.

Koblenz, 14. Februar. Die Rheinlandkommission hat weiter ausgewiesen: Den Fabrikanten Jakob Liebrich in Neustadt und Paul Koll in Höchst, weil sie ein Plakat der Rheinlandkommission entfernt hatten. Mit sofortiger Wirkung sind ausgewiesen: Eltgen, Bahnhofsvorsteher in Ehrang bei Trier, Stegner, Dezernent bei der Eisenbahnbetriebsdirektion in Trier, Schwarz, stellvertretender Bahnhofsvorsteher in Ehrang, Feldberg, Präsident der Oberpostdirektion von Zweibrücken, Nußler, Forstmeister in Eußenthal, Mundermann, Bürgermeister in Nieder-Ingelheim, Clemens, Oberamtmann in Kusel, Verresheim, Oberförster in Droecker, sämtlich wegen Nichtbefolgung der Sanktionsverordnung der Rheinlandkommission. Die Familien der Ausgewiesenen müssen in vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen haben.

Wegen Nichtbefolgung der Befehle der Zollkommission der Rheinlandkommission sind mit sofortiger Wirkung ausgewiesen: Sellke, Zollinspektor in Ludenberg, Möller, Zollinspektor in Bleiels, Lauerhaft, Zollassistent in Bleiels, Recke, Zollinspektor in Halsach, Helkig, Direktor des Hauptzollamts in Neuwied, Rath, stellvertretender Direktor des Hauptzollamts in Neuwied. Die Rheinlandkommission hat ferner ausgewiesen den Direktor der Oberrealschule in Zweibrücken und den Professor an dieser Schule, Dr. Bell, weil sie am Nationaltrauertag im Januar auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen haben, daß für Deutschland bald bessere Zeiten kommen werden.

Essen, 14. Februar. In Dorstfeld wurden heute morgen zwei Schupobeamte, in Witten ein Schupobeamter wegen Nichtgrüßens verhaftet. In Dortmund wurden aus demselben Grunde ein Schupobeamter zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Amtmann von Datteln wurde ausgewiesen.

Offenburg, 14. Februar. Der Oberamtmann von Offenburg, Schwörer, ist gestern nachmittag, nachdem er sich geweigert hatte, französische Bekanntmachungen anschlagen zu lassen und zu befolgen, verhaftet und ausgewiesen worden.

Hörde, 14. Februar. Der stellvertretende Leiter des Postamtes Hörde, Steinweg, ist gestern abend von den Franzosen verhaftet worden.

Essen, 14. Februar. Telegraphendirektor Zehme, der an Stelle des verhafteten Oberpostdirektors Jünger die Leitung des Telegraphenamtes übernommen hatte, ist von den Franzosen verhaftet worden.

Das Parkhotel wurde gestern abend von dem französischen Nachtkommando geräumt, nachdem den dort einkehrenden Franzosen die Bedienung verweigert worden war. Der Bürgermeister von Mörs wurde gestern mit seiner Familie ausgewiesen. Der Bürgermeister Schaery in Essen wurde heute morgen in seiner Wohnung verhaftet und nach Bredeney geschafft. Die Vorfälle werden alle dokumentarisch festgestellt und der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Es steht fest, daß die französischen Offiziere mit Gummiknüppeln versehen sind, und auch von vornherein die Absicht hatten, mit diesen gegen die Polizeibeamten und das Publikum vorzugehen.

Köln, 14. Februar. Oberzollinspektor Stiuner vom Hauptzollamt Kreuznach wurde verhaftet.

Aachen, 14. Februar. Gestern ist der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen Freien Presse in Aachen, Ernst Pascher, von den Belgiern gefesselt abgeführt und sofort ausgewiesen worden. Seiner Familie wurde eine Aufenthaltsfrist von drei Tagen bewilligt.

Düsseldorf, 14. Februar. Der Obertelegraphensekretär Bläser und der Telegraphensekretär Schaumlöffel in Düsseldorf wurden am 14. Februar von den Belgiern verhaftet wegen der Verweigerung, die Zensur für aufgenommene und aufgelieferte Telegramme durch die Besatzungsbehörden zuzulassen.

Aus einem rheinischen Privatbrief.

In einem Brief, der der „Weser-Ztg.“ aus dem Einbruchsgebiet zugegangen ist, lesen wir:

.... Heute möchte ich Ihnen einige Rezepte unterbreiten, die die Franzosen und Belgier anwenden, um den Haß bei den Deutschen zu züchten. Vor einigen Tagen haben die Belgier in Aachen eine ganze Reihe von Studenten verhaftet. Im Gefängnis hat man sie mit Gummiknüppeln in die Kniekehle geschlagen, so daß sie auf die Knie fallen mußten. Dann hat man von ihnen in dieser Stellung verlangt, sie sollten ausrufen: „das kleine Belgien hat das große Deutschland besiegt“. Da dieses von den jungen Leuten verweigert wurde, wurden sie mit den Gummiknüppeln in bestialischer Weise ins Gesicht geschlagen, so daß ihnen die ganzen Zähne aus dem Mund flogen. In Trier wurde die Bevölkerung in der letzten Zeit, wie an der ganzen Mosel, in jeder erdenklichen Weise schikaniert. Vor einigen Tagen wurde dies der Bevölkerung doch zu bunt und man schritt zur Selbsthilfe. Das Offizierkasino in Trier wurde gestürmt und man warf die französischen Offiziere zum Fenster hinaus. Als Strafe hierfür ließen dann die Franzosen drei Tage lang durch Spahis die Straßen säubern. Kein Mensch durfte die Straße betreten. Wer sich raus wagte, wurde mit Peitschen und Säbel durch die Straßen gejagt. Dabei wurden viele Frauen und Kinder verletzt. (Ueber die Vorgänge in Trier ist bereits kurz berichtet worden. (D. Sch.) Der Oberbürgermeister von Duisburg, Jarres, ein Remscheider, ist einer der geachtetsten Männer hier im Westen und allgemein wegen seiner Tüchtigkeit und seinem persönlichen Mut bekannt. Er war von den Franzosen ausgewiesen worden. Der schriftliche Ausweisungsbefehl, der ihm nachgeschickt wurde, lautete: Grund: wegen jämmerlichen feigen Benehmens, weil er bei den Demonstrationen die Franzosen nicht geschützt hätte. Darauf hat er dem General in Duisburg geschrieben. Er sei von der Stadt zum Oberbürgermeister berufen worden und es sei seine Pflicht und Schuldigkeit, daß er auf seinem

Landesbibliothek Oldenburg

Posten bleibe, er erkenne die Ausweisung nicht an, und er würde nicht bei Nacht und Nebel nach Duisburg zurückkehren, sondern bei Tage und diesen Mittwochmorgen seinen Dienst im Rathaus wieder übernehmen. Er ist gestern morgen auch wieder dort gewesen. Die Belgier haben ihn dann aber wieder verhaftet und nach Aachen verschleppt, wohin weiß man nicht. Darüber große Erbitterung im Volk.

Wie die Wilden.

T.U. Gelsenkirchen, 15. Febr. Erst heute läßt sich feststellen, in welch skandalöser Art die Franzosen hier gehaust haben. Die beiden Unterkünfte der Schuppoebeamten sowie das Wohlfahrtsamt für Klein- und Sozialrentner und für Kriegshinterbliebene sind vollständig verwüstet. Die Inneneinrichtungen wurden zerschlagen, die Betten zerschnitten und die Türen ausgerissen.

Mord!

Köln, 14. Februar. Der Lokomotivheizer Franz Eltgen vom Betriebsamt Junkerrad wurde heute beim Ueberschreiten des Bahnkörpers, zu dessen beiden Seiten er Eigentum hat, in der Nähe des Bahnhofs Junkerrad von dem französischen Posten ohne erkenntlichen Anlaß erschossen.

Vergewaltigung.

Buer, 14. Februar. In Westerholt ist eine Frau von französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt worden.

St. Goar, 14. Februar. Hier haben wieder drei Marokkaner eine junge Frau aus dem benachbarten Oberwesel auf der Provinzialstraße am Rhein zwischen Loreley und Kammereck am Montag überfallen, um sie zu vergewaltigen. Einem zufällig des Weges kommenden Radfahrer gelang es, die Aermste aus den Klauen der Bestien zu befreien, nachdem sie die Frau verletzt und den Helfer mit dem Bajonett angefallen hatten.

Schamlose Behandlung der Verhafteten

Gelsenkirchen, 14. Februar. Die gestern von den Franzosen hier Verhafteten sind nach Recklinghausen überführt worden. Von den verhafteten Polizeibeamten sind 31 ins Gefängnis geworfen worden. Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, der Reichsbankdirektor und der Polizeimajor wurden in einer gemeinsamen Zelle untergebracht. Für die Nacht wurde den Beamten weder Stroh noch Decken zur Verfügung gestellt, so daß sie gezwungen waren, in den Kleidern auf dem nackten Fußboden zu schlafen. Einigen der Polizeibeamten wurden auf dem Transport Verwundungen beigebracht. Einem großen Teil der Beamten wurden die Schuhe und die Strümpfe weggenommen. (!) Der größte Teil der Beamten ist ohne Kopfbedeckung.

Smeets als Hetzer und Angeber

Wie das „Echo de Paris" von seinem Korrespondenten in Düsseldorf erfährt, habe der bekannte Joseph Smeets letzte Nacht den französischen Behörden eine Liste von 12.000 Eisenbahnern überreicht, die bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig habe Smeets eine Anzahl deutscher Sabotageagenten denunziert. Er erklärte den französischen Behörden außerdem, daß er bereit sei, eine Expedition von 50.000 Kohlenarbeitern auf die Seine zu stellen, die imstande wären, im Ruhrgebiet jede Art von Terrorismus zu verhüten. Smeets versteig sich sogar zu der Behauptung, daß er im Rheinland und Ruhrgebiet über 1½ Millionen Anhänger verfüge. Er habe hinzugefügt: Ich habe meinem rheinischen Vaterlande mein Leben geopfert, ich werde vielleicht morgen getötet werden, aber ich werde nicht nachlassen. Ich wünsche, daß man in Frankreich wisse, daß nur die Gewalt ein wirksames Mittel ist und daß früher oder später Blut fließen wird. Was gegenwärtig nötig ist, ist die Ausweisung des Reichskommissars Fürst Hatzfeld, der die Seele des Widerstandes ist. Warum immer nur Untergebene ausweisen? Mit der größten Strenge sollten die „Kölnische Zeitung" und andere Organe verboten werden, die das Volk aufhetzten.

Der Korrespondent des Blattes wirft selbst die Frage auf, welche Bedeutung die Erklärungen des rheinischen Sonderbündlers haben, und kommt zu dem Schluß, daß sie fast aufgeblasen seien.

Das Leben der schwerbewaffneten Franzosen gefährdet.

T.U. Paris, 15. Febr. Der Berichterstatter der „Liberté" meldet seinem Blatte aus Düsseldorf, daß die Aufregung der Bevölkerung im Ruhrgebiet ständig zunehme. So soll das Betreten von Bochum durch die Franzosen unmöglich geworden sein. Die Stadt werde geräumt, da das Leben der französischen Besatzungstruppen angeblich gefährdet war. Demselben Blatte zufolge ist die Lage im Ruhrgebiet, besonders in Essen, Bohwinkel und Recklinghausen sehr zugespitzt. Das französische Kriegsministerium dementiert die Mitteilung, daß Gelsenkirchen geräumt worden sei.

Englische Arbeitslose für Nordfrankreich.

T.U. Paris, 14. Febr. Der englische Botschafter in Paris hat heute bei einem Empfange der Mitglieder der Handelskammern Frankreichs eine Ansprache gehalten. Er erklärte, daß das neueste Bestreben sei, englische Arbeitslose in den zerstörten Gebieten von Nordfrankreich zu beschäftigen. Dadurch käme wieder das Land zur Arbeit.

Deutscher Reichstag.

T.-U. Berlin, 14. Februar. Am Regierungstisch: Reichsjustizminister Dr. Heinze.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr mit der Mitteilung von dem Ableben des Abg. Vogtherr (S.), der gestern abend auf dem Heimwege vom Reichstag einem Herzschlag erlegen ist.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Guérard (Ztr) wird mitgeteilt, daß die Bestimmungen zum Personenschädengesetz bereits dem Reichsrate vorliegen.

Beim Postscheckgesetz wird die Stammeinlage auf 1000 M festgesetzt.

Ein 11. Nachtragsetat, der die Aufwendungen für die Erhöhung der Beamtenzuschläter bringt, wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Bezüge aus der Erwerbslosenfürsorge. Das Gesetz tritt am 19. Februar in Kraft. Die Regierung wird außerdem ersucht, ein Schlüsselverfahren vorzuschlagen, das als Grundlage für eine automatische Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze dient.

Darauf wurde die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichsjustizministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Moses (Soz.) berichtet über die Arbeiten des Amnestieausschusses. Dieser hatte die Fälle aus den mitteldeutschen Aufruhr- und hochverräterischen Unternehmungen im Jahre 1921, sowie aus dem Eisenbahnerstreik zu behandeln. Es handelt sich um 50 Fälle und 107 Verurteilte. Drei Fälle sind noch nicht erledigt, darunter der Fall Hölz, und zwar, weil die Akten noch nicht vorhanden sind. Sie liegen beim Reichsgericht, wohin Hölz verschiedene Anträge gerichtet hatte.

Abg. Nießer (D. V.) bedauert, daß eine vom Gesetz abweichende Entscheidung über die Anlegung von Mündelgeldern soviel Zeit in Anspruch nehme. Unerträglich sei die Belastung des Reichsgerichtes. Gegen die Not der Anwälte sind schleunigst Maßnahmen erforderlich.

Abg. Giebel (S.) weist darauf hin, daß die Rechtsanwälte vielfach zu den Gebühren auf Grund privater Abmachungen Zuschläge erheben. Ein solches Verfahren sei bei Zivilpersonen rechtlich nicht einwandfrei. Beträchtlich sei die Not der Büroangestellten der Rechtsanwälte.

Reichsjustizminister Dr. Heinze stellt fest, daß der deutsche Strafvollzug nicht hinter dem der übrigen Welt zurücksteht. Ausländer besuchten die deutschen Strafanstalten zu Studienzwecken. Den Unterschied gegenüber dem Auslande können vor allem auch diejenigen, die jetzt in der Hölle französischer Gefängnisse eine Strafe verbüßen müssen, merken. In jeder größeren Anstalt ist ein Arzt angestellt. Eine andere Anlegung von Mündelgeldern ist dringend notwendig. Den Rechtsanwälten soll geholfen werden. Allgemeine Vereinbarungen von Rechtsanwälten, wonach sie sich gegenseitig verpflichten, höhere Gebühren zu nehmen, sind unzulässig.

Abg. Gräf (Dn.) verteidigt sich gegen Angriffe von seiten des Abg. Dr. Moses.

Abg. Hofmann-Schmargendorf (S.) bedauert die Gebührenerhöhung des Patentamts, wodurch vor allem die kleinen Erfinder getroffen werden.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erwidert, daß die Reformfreudigkeit im Patentamt auf der Höhe sei.

Abg. Brodauf (D.) nimmt die Anwälte gegen den Vorwurf der Arbeitnehmerfeindlichkeit in Schutz.

Damit schließt die Aussprache. Die Entschließungen, die Amnestie fordern, wurden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Ministerium des Innern.

Der Ausschuß ersucht die Regierung, die Lehrmittelbeihilfen auch auf Private und höhere Schulen auszudehnen. Ferner soll die Errichtung einer Arzneiprüfungsstelle erwogen werden.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) hält das Ministerium des Innern für das Ministerium der Reichseinheit. Ein Zentralismus, den die Landesregierungen für überflüssig halten, sei abzulehnen. Es würde schlecht um Deutschland stehen, wenn München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Darmstadt usw. auf das Niveau französischer Provinzstädte heruntergedrückt würden. Eine Neckarlinie gebe es nicht mehr. Vor nationalistischen Exzessen, wie denen des Herrn Hitler in München, sei dringend zu warnen. Die Schulpolitik Sachsens und Thüringens lasse jeden großen Zug vermissen. Die sächsische Polizei sei die rückständigste. Der Redner fordert neben der Ruhr- auch eine Rheinhilfe und nennt die neuen Besetzungen am Rhein ein Verbrechen an der ganzen Welt.

Abg. Sollmann (Soz) unterstrich die Worte des Vorredners über das besetzte Gebiet. In diesem Geiste werde der Abwehrkampf siegreich sein. Religionskriege können wir in der heutigen Zeit nicht brauchen. Die Länder sollten ein großes Stück eines Kulturdasein haben, aber über ihnen stehe das Reich. Die Republik müsse die Hochschulen geistig und moralisch zu erobern suchen. Die Vorurteile zwischen Studenten und Arbeitern müssen verschwinden. Neben der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft brauche man eine solche für die deutsche Kunst. Notwendig sei der Schutz der Jugend vor Alkohol, Nikotin und zotigen Vorstellungen. Jeder Beamte müsse Achtung vor der Republik haben. Wer die schwarzrotgoldenen Fahnen beschimpft, sei ein Bube und verdiene nicht, der Republik als Beamter zu dienen. Für partikularistische Streitigkeiten sei heute kein Platz. Der Gedanke der Reichseinheit müsse allen anderen vorangehen. Die Sozialdemokratie glaube an den deutschen Menschen, an die deutsche Jugend und an die deutsche Zukunft.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. — Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Weiterberatung und Wehrministerium.

Schluß gegen 6½ Uhr.

Oldenburgischer Landtag.

Oldenburg, 13. Februar.

Präsident Schröder eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung. Am Ministertisch sind Ministerpräsident Tantzen und die Minister Dr. Driver und Meyer anwesend.

Eingegangen waren drei förmliche Anfragen. Der Abg. König (Ztr.) fragt an, ob der Regierung bekannt ist, daß in einigen Bezirken das abgelieferte Getreide nicht rechtzeitig bezahlt worden ist, und was sie dagegen zu tun gedenkt. Abgs Willenborg (Ztr.) fragt an, warum sich die Auftellung der Wulfenauer Feldmark verzögere, und Abg. Hug will wissen, was die Regierung dazu sagt, daß der Milchpreis in den Großstädten, selbst in Berlin, niedriger ist als im Landesteil Oldenburg.

Darauf trat man in die Tagesordnung ein. Die Verteilung der aus den Ueberschüssen der Landesfleischstelle gebildeten Reserve von 1 Million Mark wird nach dem Bericht des Ausschusses genehmigt. Die Einwürfe von Gesetzen für die Landesteile Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld betr. Aenderung der Gesetze über Unterstützung der Hebammen werden nach dem Antrag des Ausschusses in erster Lesung angenommen, ebenso das Gesetz betr. Aenderung des Gemeindeschullehrerdiensteinkommensgesetzes und das Gesetz für den Landesteil Birkenfeld zur Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes.

Bei dem Gesetz zur Aenderung des Gesetzes für den Landesteil Oldenburg betr. die Errichtung einer Handelskammer beantragt der Berichterstatter Dohm die Absetzung von der Tagesordnung, da einige Industriewerke im südlichen Landesteil Lübeck dagegen Protest erhoben haben. Abg. Jordan (Soz.) und Minister Dr. Driver sind der Ansicht, daß das Gesetz in erster Lesung beraten und die Wünsche der Petenten in der 2. Lesung behandelt werden könnten. Der Landtag schließt sich in seiner großen Mehrheit dieser Ansicht an und nimmt den Gesetzentwurf ohne Aussprache in 1. Lesung an.

Angenommen wurden ferner die Anlage 28 (Bestätigung der Verordnung des Staatsministeriums wegen Aenderung des Gesetzes über die Neuordnung der Staatlichen Kreditanstalt) und die Anlage 8 (verfassungsmäßige Bestätigung der am 8. 9. 1922 erlassenen Verordnung der Staatsregierung, nach der Hauptlehrer an 6- und mehrklassigen Schulen in Gr. 9 aufrücken), die Anl. 13 (Verordnung für den Landesteil Oldenburg betr. Besteuerung des Wandergewerbes), die Anlage 32 (die gleiche Verordnung für die Landesteile Lübeck und Birkenfeld), ferner die Anlage 16 betr. Erhöhung der Gebührensätze in Verwaltungssachen.

Die Eingabe des Johann Bönkung-Südbäke um weitere Unterstützung bei seinem Brandunglück wird als erledigt erklärt.

Bei der Feststellung der Tagegelder für Dienstreisen der Beamten betonte der Berichterstatter Abg. Albers (Dem.), man befürchte in Beamtenkreisen, daß durch den Vorschlag des Staatsministeriums der Grundsatz der gleichen Behandlung der oldenburgischen Staatsbeamten und der Reichsbeamten aufgegeben werden solle, daß der erste Schritt getan werde, um die oldenburgischen Beamten ungünstiger zu behandeln. Sie erhalten jetzt im Februar noch die gleichen Reisegelder wie im Dezember, wo die Sätze für höhere Beamte 750 M betrugen. Das Reich zahlte im Dezember dagegen 1200 M, im Januar 1500 M und im Februar 2700 M. Daß diese Zustände haltlos sind, liegt auf der Hand. Man hätte die oldenburgischen Beamten wenigstens in Form von Vorschüssen schadlos halten sollen. So werden sie in einer viel späteren Zeit mit viel schlechterem Geld bezahlt. Er fragt bei der Regierung an, welchen Satz sie für die Neuregelung der Tagegelder in Aussicht genommen hat und bedauert, daß die Beamtenschaft bei der Entstehung der Regierungsvorlage nicht gehört worden ist. Es sei wünschenswert, daß die Beamten gerade bei dieser Frage gehört werden. Im Durchschnitt dürfen die Tagegelder in Oldenburg nicht hinter denen der Reichsbeamten zurückbleiben.

Minister Dr. Driver teilt mit, daß die Staatsregierung erst die Ermächtigung des Landtages haben wolle, um dann sofort nach der heutigen ersten Lesung mit Vorschlägen über die Neuregelung der Tagegelder herauszukommen. Dabei werden vorher die Beamten gehört werden. Die neuen Tagegelder werden vom 1. Januar rückwirkend sein. Auf Antrag ist den Beamten, die Reisen unternehmen müssen,

---

(Nachdruck verboten.)

Zweikampf.

Roman von Marianne Westerlind.

Motto:

„Ich will dir sagen, Mädchen, was echte Liebe ist! Es ist blinde Ergebenheit, selbstvergessende Demut, vollständige Unterwerfung, Vertrauen und Glauben gegen die eigene Vernunft und die ganze Welt, die Hingabe deiner ganzen Seele und deines ganzen Herzens an den Bezwinger!"

(Dickens.)

Als Freia den Fahrstuhl verließ und auf den breiten, dämmerigen Korridor hinaustrat, durchrann sie doch erkältend eine leichte, steigende Bangigkeit; sie verlangsamte ihre Schritte und blieb zaudernd einen Augenblick vor der Zimmertür 62 stehen. Das würde eine ungemütliche halbe Stunde geben! Aber — Kopf hoch, man muß sich hindurch! Der Groll würde verrauchen und die Unterhaltung bald wieder glatt und friedlich dahinplätschern — morden konnte man sie nicht.

Nur immer munter! Nur Lumpe sind bange. Sie reckte die hohe, schlanke Gestalt, klopfte an und stand in strahlender Unbefangenheit im Hotelzimmer.

Der Konsul Julius Sonnenkalb begrüßte sie in herzlicher Herablassung. — Seitdem er den Roten Adlerorden erhalten hatte, sah er immer aus, als ob er auf den Rücken salzen wollte. Im übrigen war er ein unschädlicher Zeitgenosse, ein wenig Sonderling, Blumenzüchter und Naturforscher in kleinem Maßstab, auch liebte er das ruhelose Spazierenfahren in der Welt und gab Gastrollen in allen möglichen Hotels des In- und Auslandes, seitdem er alle Aemter und Würden von sich abgestreift. Tante Lieschen, die meist lautlose Begleiterscheinung seines etwas fahrigen Reiselebens, saß am Fenster und fädelte in großer Wichtigkeit an einem belanglosen Kissen. Das tat sie, so lange Freia sie kannte. Sie war Meisterin auf dem Gebiete des gedankenlosen Ausstickens der mit blauer Schablone vorgezogenen Ornamentchen. Sie nannte das arbeiten. Ihre quallige Figur und das zufriedene Mondgesicht verrieten die Gutartigkeit der vom Schicksal verhätschelten „älteren Dame".

„Setz dich hin, Lättling," sagte sie zu dem großen Mädchen. „Komm, wir wollen Kaffee trinken." — Diese Beschäftigung gehörte ebenfalls zu den vornehmsten Lebensbetätigungen Tante Lieschens.

Freia sah sich im Zimmer um. Mäßig stilvoller, flüchtig zusammengestoppelter Mahagonisalon mit reisegrünen Bezügen, einige Bilder an der Wand, die weiter nicht störten, unpersönlicher Schreibtisch — nun ja, Hotelumwelt. Doch ein festlicher Kaffeetisch mit blendendem Tischzeug, einer äußerst vertrauenerweckenden Torte und bleichem Treibhausflieder in schlanker Kristallvase gab dem Wohnraum eine Note häuslicher Gemütlichkeit.

„Für vier Personen?" staunte Freia, während sie sich in immerhin nicht ganz zwangloser Fröhlichkeit in einen Sessel fallen ließ.

„Walter Budde kommt noch," versetzte der Onkel und legte zögernd Klemmer und Fachblätter beiseite. „Denk mal, solch Glückspilz, soll nächstens Prokura bekommen. Prächtig hat er sich herausgemacht. Wirklich ein netter Junge."

„Netter Teekessel," verbesserte Freia in Gedanken; die fürchterliche Ahnung eines tückischen Attentats auf ihre persönliche Freiheit keimte in ihr.

Nichtsdestoweniger aß sie mit erheiterndem Appetit und plauderte von ihrer Charlottenburger Pension, wobei sie in quirlendem Jugendübermut boshafte Karikaturen zeichnete, und erkundigte sich dann merkwürdig interessebeflissen nach neuen Blumenkreuzungen in den berühmten Treibhäusern der Sonnenkalbschen Villa in Wiesbaden.

Da wurde der alte Herr munter und berichtete schwungvoll von märchengleichen Amaryllis, mit denen er eine demnächstige Blumenausstellung beschicken werde. Wenn Julius Sonnenkalb auf seinen Obergärtner, seine fünf Gärtner, seine Babyschule, seine Krankenstation, sein Erholungsheim für mißratene Kinder — o, gute und gesunde Blumeneltern konnten auch unerfreuliche Nachkommen zeugen — zu sprechen kam, war Kürze nicht mehr Würze seiner Rede. So mußte Freia einen halbstündigen Vortrag über sich ergehen lassen. Sie lauschte mit der rührenden Geduld eines Anglers. Wenngleich nur scheinbar, denn ihre Gedanken schwärmten wie Zugvögel in blaue Weiten. Ab und zu durchschauerte sie wieder ein Kältegefühl, dann zwang sie sich zu höflich lächelnder Teilnahme.

Als der Onkel endlich bei einer Studie über den hochinteressanten Regenwurm und über Witterungseinflüsse bei verschiedenen Gesteinsarten landete, hielt es sie nicht länger, sie sprang auf, ging ans Fenster und blickte auf den brodelnden Alltag, der sich über den Potsdamer Platz wälzte; Menschen, Wagen, Pferde quirlten durcheinander, eingepreßt zwischen Steinmassen, und über ihrem Dunst und ihrer hässlichen Hast stand ein launischer Himmel, der bald graupengroße Hagelkörner sandte und bald mit heiteren Sonnenstreifen diesen lärmenden Ausschnitt Weltstadt übergoldete. Und wer seine schwanzlockigen Lämmerwölkchen jagen sah, mußte daran denken, daß jetzt draußen in der Mark die Veilchen blauten und eine laue Luft holde Versprechungen wob um dunkelernste Kiefernstämme und flirrende Birkenschleier. Frühling! Frühling! Freia Hellhoff reckte sich im Vollgefühl heißer Kampfeslust. Auch ihr Lebensfrühling sollte sich erfüllen in knospensprengender Macht. Erstrotzen wollte sie ihn in dieser Stunde, wenn ihre Bitten zerschellten.

Der Konsul folgte ihr mit wohlwollenden Blicken. Staatskerl war die Freia. Und solch Prachtmädel wollte sein Lehtag die öden Wegstrecken trotzloser Wissenschaften durchmessen, geradeswegs in ein Schrullenalter hinein und ein Weiberwahlrechtsschlaraffenland oder ähnlich schöne Gegenden! Ne, gabs ja gar nicht. Heiraten mußte Freia und zwar gut und anständig, damit ihre noble Art, sich vom Geld zu trennen, keine Ehekonflikte aufwarf. Noch war sie Moß, Brauseputzer, Quecksilber, dann aber, wenn diese ungeklärten Lebenstriebe in normale Bahnen gelenkt waren, würde sie eine prächtige Gattin und Mutter abgeben; er sah sie bereits als junge Frau im Glitterwochengewändel, besorgt, zärtlich, schelmisch, heißwangig, mit ein wenig verwehten Haaren und einem sprudelnd von verliebten Einfällen.

„Was kann ich für dich tun?" fragte der Konsul gewohnheitsmäßig.

Ein Schatten von einem Lächeln umflackerte ihre Mundwinkel. „Du hast schon so viel für mich getan, daß dir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt."

Tante Lieschen hustete vernehmlich.

„Also erzähle, was hast du für Pläne?" forschte der alte Herr väterlich. „Du wolltest mir heute am Tage vor meiner Abreise deine Entschlüsse mitteilen."

„Die sind noch immer dieselben. Ich möchte Medizin studieren."

„Unglaublich."

„Und dieser Erholungswinter nach der Erholungsweltreise, die du mir freundlichst bewilligtest nach dem Abitur, ist ein nutzlos in den Schlund der Ewigkeit geschmissenes Halbjahr. Nur einige Vorlesungen machten es lebenswert und — die Hoffnung auf Tübingen."

„Hm, wirklich ein hartnäckiger Rückfall. Nun, wir sprechen noch darüber," bemerkte der alte Herr nebenbei. „Und keine Finanzen? Kannst du mir heute ein Nachweis bringen, daß du im zweiten Jahre deiner Großjährigkeit einigermaßen den Wert des Geldes erkannt hast und vernunftmäßig darüber zu verfügen verstehst?"

Nun setzte sich Freia aufs Sofa, kramte eine Weile in ihrer Aktenmappe und beförderte dann mit sanftem Schwung einige Bücher und Papiere in des Onkels Hände. „Da!" sagte sie mit heroischem Mutaufwand.

Der Konsul blätterte, rückte an seinem Klemmer, blätterte hastiger und hilflose, guckte sich fest an den Zahlenreihen. —

„Was — ist — das?" Er schnellte hoch, stemmte beide Fäuste auf den Tisch, sein Räuspern ging in ein aufgeregtes Husten über, die stahlblauen Augen in dem faltigen Gesicht, das lange Tropenjahre ausmergelten, glühten drohend auf. „Wo — warum ist das Geld abgehoben?"

Freia war ebenfalls aufgestanden. „Ich habe es verbraucht," entgegnete sie, aber sie fühlte unter diesem Großinquisitorenblick doch alle selbstsichere Ruhe wie Schnee an der Märzsonne zerrinnen.

Ihre Blicke kreuzten sich wie Klingen.

„Wie — wie konntest du alle diese Gelder kündigen und abheben? Wo hast die elftausend Mark gelassen, Mädchen? Elftausend Mark — in einem Jahr!" Er schrie es heraus.

Jetzt kreischte die Tante auf und trennte sich von ihrer Handarbeit, einer Schlummerrolle mit einem herzigen, dunkelblauen Osterhäschen.

Eine Luft stand in dem Zimmer, starr und unheimlich wie in einem Wachsfigurenkabinett.

„Ich habe — mir einiges — gekauft," gab die Missetäterin zögernd zu; kaum waren ihr die Worte entflohen, als sie betroffen die Lächerlichkeit dieser Begründung begriff.

Nunmehr fiel Tante Lieschen endgültig in Ohnmacht über so himmelschreienden Leichtsinn. Während der Konsul sich um seine Frau mühte, wandte er sich brüsk an Freia: „Für geschmacklose Witze, denke ich, ist die Stunde zu ernst."

Freia machte Anstalten zu weinen, doch nur ein gekränktes Trotzgesicht kam zustande.

„Wenn du meine Tochter wärst, dann würde ich dir jetzt — ein — paar — —" Er stockte doch, die Ritterlichkeit siegte.

„Dann ist es nur gut, daß ich deine Tochter nicht bin." Das glitt noch schnell und furchtlos über das kecke Jünglein, dann knickte die Sünderin in Scham zusammen, und gänzlich besiegt vom Schuldbewußtsein saß sie da, den Kopf zur Seite geneigt, die Hände im Schoß gefaltet, eine gebrochene Blume, ein schönes Bild einer Büßerin.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

sein, Vorschuß gegeben worden. Die Regierung glaubt, die Tagegelder für die oldenburgischen Beamten zutreffender regeln zu können, als wenn sie sich schematisch an dem Vorgehen des Reiches hält. Selbstverständlich würden aber die Sätze denen der Reichsbeamten angeglichen werden. Die Beamten sollen völlig schadlos gehalten werden.

Die Abgg. Behlen (D. V.), Kaper (Soz.) und Denis (Zentr.) stellen sich auf den Standpunkt des Berichterstatters. Dieser selber, Abg. Albers (D.), betont in seinem Schlußwort noch einmal, daß gerade in diesem Falle Anlaß gewesen sei, die Beamten zu hören.

Der Landtag gab dem Gesetzentwurf seine Zustimmung und sprach gleichzeitig die Erwartung aus, daß die Neuordnung des Tagegeldwesens in der Weise erfolgt, daß die Bezüge der oldenburgischen Beamten in der Regel nicht erheblich von denen der Reichsbeamten abweichen.

Sämtliche Fraktionen hatten einen dringlichen selbständigen Antrag gestellt, zur sofortigen Linderung der Not in dem von den Franzosen neu besetzten Gebiete und in Birkenfeld 25 Millionen Mark zu verwenden. Der Antrag wird ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg betr. die Tagegelder und Reisekosten der Abgeordneten zum Landtage wird ebenfalls einstimmig in erster Lesung angenommen. Die vom Staatsministerium beantragte Nachbewilligung von Mitteln zum Landeskassenvoranschlag des Landesteils Oldenburg (700 000 M für Volkshochschulen, 250 000 M für Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge, 380 000 M für das Werkhaus in Oldenburg, 10 Millionen Mark für höhere Privatlehranstalten und 900 000 M für den Küstenkanalverein) wird angenommen.

Eine Aussprache entspann sich bei der Behandlung des selbständigen Antrages des Abg. Lessers betr.

Neuregelung der Brandkasse.

Berichterstatter Abg. Behrens (Soz.) begründet die Anträge des Ausschusses und betont, daß man im Lande die hohen Prämien nicht versteht, die von der Brandkasse erhoben werden. Abg. Denis (Z.) hält die Prämien auch für zu hoch, namentlich die kleinen Leute, Beamten usw. könnten sie nicht mehr bezahlen und müßten ihre Häuser verkaufen. Er beantragt, Vorprämien zu erheben und erst am Jahresschluß die notwendige Prämie festzusetzen. Oberregierungsrat Weber verteidigt das Geschäftsgebaren der Brandkasse, dessen bisher befolgten Grundsätze nicht beseitigt werden dürfen. Die Brandkasse macht keine Geschäfte, sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, dessen Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Der Gedanke, Vorprämien einzuführen oder nur einen kleinen Prozentsatz der Prämie zu erheben, sei ganz falsch. Dann werde die Brandkasse nicht in der Lage sein, da sie die notwendigen Einnahmen nicht hätte, sofort Auszahlungen an die Abgebrannten zu leisten. Die Brandkasse muß jedes Gebäude aufnehmen und versichern. Deshalb ist die Behauptung falsch, daß die privaten Versicherungsgesellschaften billiger sind. Abg. Lessers (Ztr.) begründet in längeren Ausführungen seinen Antrag. Abg. Albers (Dem) stellt aus den Ausführungen des Regierungsvertreters fest, daß zu erwarten ist, daß den Abgebrannten noch eine erhöhte Entschädigungssumme nachträglich ausbezahlt werde. Er bittet, das möglichst zu tun, damit der eine oder andere nicht genötigt wird, Ländereien verkaufen zu müssen, um die Baukosten decken zu können. Abg. Kalkkuhl schlägt vor, für solche Personen, die die Prämien nicht bezahlen können, einen Ausgleichsfonds bei den Gemeinden zu schaffen. Abg. Dannemann (D. V.) betont, daß aus dem Abbrennen eines Gebäudes kein Geschäft werden dürfe, selbstverständlich dürfen die Abgebrannten aber auch keinen Schaden erleiden. Minister Dr. Driver erklärt, daß er Anweisung geben werde, daß ohne Rücksicht darauf, ob ein öffentlicher Holzverkauf stattfindet, den Abgebrannten zum Taxpreise Holz überwiesen wird. Abg. Lessers (Ztr.) erhebt neue Vorwürfe, u. a. den, daß die Brandkasse viel zu spät die Beiträge erhebe, wodurch infolge der Geldentwertung der Staat großen Nachteil habe. Es müsse mehr nach kaufmännischen Gesichtspunkten gearbeitet werden. Oberregierungsrat Weber weist eine Reihe von Vorwürfen zurück, geht aber auf die zu späte Erhebung der Beiträge nicht ein.

Auf Antrag des Abg. Hartong-Delmenhorst (D. V.) wird die Debatte geschlossen. Die vorliegenden 6 Anträge des Ausschusses werden angenommen, ebenso ein Verbesserungsantrag des Abg. Denis (Ztr) zum ersten Antrag.

Die Verordnung wegen Ergänzung des Anleihegesetzes vom 12. September 1922 wird nach dem Bericht des Ausschusses genehmigt. Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um 1.20 Uhr erledigt. Es schloß sich noch eine nichtöffentliche Sitzung über ein vertrauliches Schreiben des Staatsministeriums vom 30. Januar 1923 an.

Oldenburg und Nachbargebiete.

Sitzung des Stadtrats.

h. An der gestrigen Stadtratssitzung nahmen teil vom Magistrat Bürgermeister Dr. Müller, Ratsherren Eilers, Eden, Mendelsohn, vom Stadtrat die St.-M. Brader (Vors.), Albers, Carstens, Eilers, Gröschler, Hullen, Janßen, Krey, Lückenga, Lammers, Prof. Dr. Ommen, Paphusen, Frau Röntgen, Seelig, v. Thünen, Warner, Wilken. Verhandelt wurde wie folgt:

1. **Verkauf bezw. Vermietung des sog. Gendarmenhauses.** Gegen die Zulassung auswärtiger Bieter gemäß Stadtratsbeschluß vom 25. Januar 1923 hat W. Köller Einspruch erhoben. Im Termin hat ein auswärtiger Bieter 4,6 Millionen, Obersekretär Pott 4,5 Millionen geboten, dieser auch 180 000 M Miete, Kaufmann Rohde 185 000 M, Schaffner Decken 12,5 % seines Bruttogehalts. Rohde hat sich auch bereit erklärt, ein Vorkaufsrecht gegen Zahlung der Bausumme, also rund 800 000 M zu erwerben und eine zu vereinbarende Miete so lange zu zahlen, bis dieselben Währungsverhältnisse wieder eintreten wie zur Bauzeit (Dollar 9000). Aehnliche Erklärungen hat W. Köller abgegeben, der sich auch zur Uebernahme sämtlicher Ausbesserungen bereit erklärt hat. Da die gebotenen Mieten nur eine niedrige Verzinsung des gebotenen Kaufpreises bedeuten und die Reparaturpflichten einer öffentlichen Körperschaft erfahrungsgemäß besonders teuer zu stehen kommen, ward beantragt, das Einfamilienhaus in 2. Lesung an den Obersekretär Pott für 4,5 Mill. Mark zu verkaufen. — St.-M. Seelig beantragte Vermietung des Hauses, weil nach seinem Glauben die Bieter Hintermänner haben müßten, um solche Kaufsummen aufbringen zu können. Er beantrage, falls einem Verkaufe zugestimmt werden sollte, den Zusatz, daß das Haus mindestens innerhalb fünf Jahren ohne Genehmigung des Magistrats nicht verkauft werden dürfe. Bürgermeister Dr. Müller hielt die Vorsicht, den Weiterverkauf genehmigen zu müssen, für richtig. Im übrigen wolle er bemerken, daß von einer Frau aus Heidmühle noch ein Gebot von 4,8 Millionen abgegeben sei. St.-M. Lammers beantragte, im Antrage Seelig die Frist auf zehn Jahre zu bemessen. St.-M. Gröschler trat gleichfalls für einen Verkauf ein. Darauf nahm der Stadtrat den Magistratsantrag mit dem Zusatzantrag des St.-M. Seelig, nach dem die Stadt innerhalb zehn Jahren das Vorkaufsrecht zu der jetzigen Kaufsumme als Höchstpreis ausrechnen kann, an.

2. **Abgabe des Zweifamilienhauses als Erbstätte bezw. Vermietung.** 2. Lesung. Für das Zweifamilienhaus als Erbstätte haben die Erbstätter Weyerts und Bohlken je 1¼ Mill. Mark zur sofortigen Zahlung und einen Erbzins von 1,50 M für den Quadratmeter, steigend wie üblich, geboten. Der Magistrat hat mit den Genannten darüber Erbbauverträge abgeschlossen, diese liegen im Rathause aus. Ferner haben die Genannten 130 000 M bezw. 170 000 M Miete einschl. Gartenpacht geboten. Zwecks Schaffung weiterer Siedlungen wird beantragt: 1. den Erbbauverträgen von Weyerts und Bohlken zuzustimmen, 2. den Erlös von 1 Mill. Mark zur Bezahlung von inzwischen angekauften Steinen zu verwenden. St.-M. Janßen hielt einen Verkauf für unzweckmäßig. Bei dem Verkaufspreise werde städtisches Eigentum verschleudert; er trete für eine Vermietung ein. St.-M. Hullen stellte anheim, statt des baren Erbzinses von 1,50 M den am 1. Oktober geltenden Wert von 1½ Pfund Kartoffeln einzusetzen. Bürgermeister Dr. Müller gab bekannt, daß von einem Liebhaber aus Wiefels 4 Mill. Mark geboten worden seien, dieser auch bereit wäre, die eine Hälfte des Hauses zu vermieten. St.-M. Carstens hielt eine Vermietung für zweifellos günstiger als einen Verkauf. St.-M. Gröschler trat für einen Verkauf ein, die Vermietung sei immer eine eigene Sache. Mit dem aus der Kaufsumme gewonnenen Gelde könne neues Material angekauft und Neues geschaffen werden. Schließlich müsse doch das Haus auch für den Zweck hergegeben werden, wofür es geschaffen sei, als Wohnstätte für kinderreiche Familien. St.-M. Carstens erklärte, daß von dem ganzen Erlös nicht einmal ein Viertel des Bedarfs an Steinen für ein neues Haus beschafft werden könnte. St.-M. Prof. Dr. Ommen möchte nicht einen Beschluß von der einen bis zur nächsten Sitzung geändert wissen. Man dürfe sich auch nicht darauf versteifen, an dem Hause verdienen zu müssen man erziele zwar nicht den Höchstpreis, aber die Stadt komme doch auch gut davon. St.-M. Seelig glaubt, daß die gebotenen Mieten gar nicht gezahlt würden. Die Mitglieder würden sich an das Ministerium wenden und erklären: „die Stadt wuchert mit ihren Mieten“. Es solle damit nicht gesagt sein, daß die Mieter nicht zahlen wollten, nein, sie würden sagen, sie könnten solche Mieten nicht zahlen. St.-M. Warner war der Ansicht, daß man in der Sache doch endlich zum Schluß kommen müsse; die Wohnungen hätten lange genug leer gestanden und dadurch schon gelitten. Ratsherr Eden wandte ein, daß die genannten Mieten noch lange nicht an Wuchermieten heranreichten; es könne doch wohl verlangt werden, daß die Bausumme mit 6 bis 7 Proz. verzinst werde. Die Abstimmung ergab Ablehnung eines Verkaufs, dagegen Annahme einer Vermietung an kinderreiche Familien. (Eine nochmalige Lesung ist nicht erforderlich.)

3. **Pachtung von Kartoffelland und Verlängerung des Fäkalienabfuhrvertrages.** Da die in der Stadtratsvorlage vom 22. Januar vorgesehene teilweise Pachtung der Weide Nr. 95 ebenso wie die Zurückbehaltung der Weiden Nr. 93 und 94 für Marktzwecke sich als unpraktisch herausgestellt hat, sind die Verhandlungen mit Brader und Eilers fortgesetzt worden mit dem Ergebnis, daß diese nunmehr die Weiden Nr. 95—98 in der Gesamtgröße von 9,21 Hektar ganz pachten gegen Hergabe von 5,63 Hektar (3209 Ruten) Kartoffelland. Es wird demgemäß beantragt: 1. dem Vertrage zuzustimmen, 2. den vorläufigen Rutenpreis auf 200 M festzusetzen. — Bürgermeister Dr. Müller schilderte den Verhandlungsgang, nachdem der stellvertretende Vorsitzende des Stadtrats St.-M. Carstens den Vorsitz übernommen hatte. (Die St.-M. Brader und Eilers nahmen als interessierte Personen nicht an den Verhandlungen teil.) St.-M. Carstens wünschte eine Darlegung des Sachverhalts, weil die Mehrheit des Stadtrats hierüber wenig oder gar nicht unterrichtet sei. Nach den Mitteilungen des Herrn Bürgermeisters hat der Magistrat nichts unversucht gelassen, um Kartoffelland für die Bürger zu beschaffen. Aus allen Verhandlungen ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, das Angebot von Brader und Eilers als das günstigste annehmen zu müssen. Günstigere Bedingungen seien von Brader und Eilers nicht zu erreichen gewesen. Im übrigen sei bei einem Rutenpreis von 200 M eine eventuelle Nachforderung vorbehalten. St.-M. Carstens erscheint das Tauschverhältnis der Hektare nicht als richtig. Das Kartoffelland werde dadurch doch erheblich verteuert. St.-M. Seelig sprach sein Bedauern aus, daß die beiden Herren sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern und die Zeit der Not auszunutzen suchten. Nur durch die Not gezwungen, könne er der Vorlage seine Zustimmung geben. St.-M. Warner war der Ansicht, daß ein Tausch gleich gegen gleich berechtigt sei. Brader und Eilers verdienten dann noch weit mehr bei Benutzung des Weidelandes, als auf ihrem Moorland, zudem werde ihnen ihr Kartoffelland von den Pächtern reingemacht. Einen Rutenpreis von 200 M hielt Warner für angemessen, nicht mehr. Leider müsse auch er, der Not nachgebend, dem Vertrage zustimmen. St.-M. Janßen ist beim Lesen der Vorlage empört gewesen über den vorgesehenen Vertragsabschluß, zumal die Herren Brader und Eilers ihren Wohlstand der Stadt durch die Abgabe der Fäkalien mit zu verdanken hätten; die Herren wären auf die Fäkalienverwendung doch angewiesen. Wenn kein anderer Weg zu finden sei, müsse man sich dem Zwange fügen, aber vielleicht sei noch zu versuchen, ob nicht der Weg richtiger sei, den Pachtüberschuß der Parzellen des Hammes zur Beschaffung von Kartoffeln zu verwenden. Nach seiner Berechnung könnten aus dem Ueberschuß 500 Zentner Kartoffeln beschafft und event. umsonst ausgegeben werden. St.-M. Carstens gab bekannt, daß für gleichwertiges Weideland eine halbe Million Mark Pacht für ein Matt geboten worden sei. Den Magistrat müsse er nochmals fragen, weshalb dieser von dem Prinzip abgewichen sei, die Pachtpreise in Naturalien zu erheben. Auch hier solle man doch endlich von der Mark abgehen und zur Naturalleistung übergehen. St.-M. Lammers stellte die Frage, ob denn vielleicht nicht auf Grund der Stimmung im Stadtrat von den Herren Brader und Eilers mehr Kartoffelland als zugestanden zu bekommen wäre. Bürgermeister Dr. Müller erklärte, daß die Herren B. und E. eine Berechnung aufgestellt hätten, nach der ihnen die Bereitstellung von 1 Hektar Kartoffelland auf 120 000 M zu stehen komme. Vielleicht könne man doch noch zu einem andern Ziele kommen, und es sei vielleicht richtig, die Sache an eine Kommission zu überweisen. St.-M. Carstens traut den Herren Brader und Eilers es nicht zu, daß sie so rigoros vorgehen wollen. St.-M. Seelig ist nicht für eine Verschiebung. St.-M. Warner erklärte, daß der Vertrag doch für die Stadt günstiger gewesen sei, als letztere noch Parzellen für Marktzwecke mit benutzen wollte. Bürgermeister Dr. Müller entgegnete, daß B. und E. wegen Verzichts auf Mitbenutzung für Marktzwecke mehr Kartoffelland bereitstellen. St.-M. Gröschler beantragte, die ganze Angelegenheit dem Magistrat und der Kleingartenlandkommission zur Weiterverhandlung und zum Abschluß zu überweisen. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

Jever, 15. Februar.

* **Jugendheim.** Sonnabend und Sonntag: In den Hochalpen. Wir beginnen die Reise in Bern, sehen hier auch den Bärengraben. Dann besuchen wir Interlaken mit dem schönen Blick auf die Jungfrau, Mönch und Eiger. Mit der elektrischen Bahn fahren wir nach Mürren und dann mit der Jungfraubahn, die im Innern des Berges angelegt ist. Im letzten Teil sehen wir die Skiläufer und die gefährliche Wanderung der Bergsteiger bis auf die Spitze des Gebirges in einer Höhe von über 4000 Meter.

* **Lichtbildervortrag über das Ruhrgebiet.** Durch den Einfall der Franzosen ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Der Vortrag, der am 20. Febr. vom Kriegerverein im Konzerthaus veranstaltet wird (s. heutige Anzeige), ist auf Grund mannigfachen Materials bearbeitet und soll dazu dienen, die Kenntnis von Land und Leuten zu vertiefen und zugleich um tätige Mithilfe für unsere bedrohten Volksgenossen werben. Mögen sich am Dienstag zum Vortrag Vereine und Verbände, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammenfinden, um vereint das drohende Verhängnis von unserem Vaterlande abzuwehren.

* **Hilfe für die Ruhrkinder.** Zur letzten Notiz betr. die Ruhrspende der oldenburgischen Landwirtschaft durch den Landbund ist noch nachzutragen, daß in der Gemeinde Cleverns 20 Ruhrkinder untergebracht wurden.

* **Aufnahme von Kindern und jungen Leuten aus dem Ruhrgebiet.** Der Reichsfrauenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei richtet folgenden Appell an die Landesfrauenausschüsse: Der allem Rechtsempfinden hohnsprechende Einbruch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet bringt namenloses Elend über unsere Landsleute. Außer den durch die Bereitschaft des ganzen deutschen Volkes aufgebrachten Sammlungen aller Art ist ein Schutz der dort gefährdeten Jugend dringend nötig. In nationaler Arbeit tätigen jungen Leuten, heranwachsenden Mädchen, Kindern, deren geordneter Unterricht durch Beschlagnahmen der Schulen unterbrochen und deren Entwicklung durch die zu erwartende Lebensmittelnot gefährdet ist — allen diesen für kürzere oder längere Zeit Unterkunft im unbesetzten Deutschland zu beschaffen, ist unsere völkische Pflicht, an der sich möglichst alle Stände zu beteiligen haben. Dies wird keinen großen Schwierigkeiten begegnen, da die Unterhaltungskosten in vielen Fällen gern von den Eltern getragen werden. Der Reichsfrauenausschuß stellt sich aber für die Vermittlung zwischen unseren bedrohten westlichen und den hilfeleistenden östlichen Parteifreunden zur Verfügung. Wir bitten die Landesfrauenausschüsse, unter unseren Mitgliedern eine solche Hilfstätigkeit baldigst ins Leben zu rufen, indem sie in ihrem Kreise Anschriften und Persönlichkeiten sammeln, die gewillt sind, in ihrem Hause Aufnahme zu gewähren. Daher schlagen wir vor, zu diesem Zwecke möglichst genau formulierte Fragebogen zu versenden (Muster liegen bei, die den örtlichen Verhältnissen entsprechend verändert oder ergänzt werden können). Wir bitten, die Meldungen mit möglichster Beschleunigung an Frau Winterschuldirektor Müller gelangen zu lassen. An die Landesfrauenausschüsse des besetzten Gebietes geht mit gleicher Post eine dementsprechende Benachrichtigung. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß noch einige Zeit vergehen kann, bis das dringende Bedürfnis zur Verschickung sich herausstellt und alle Hindernisse überwunden sind (Freifahrt, Transporte und dergl.).

---

* **Wiarden, 15. Februar. Einbruchsdiebstahl.** In der letzten Nacht wurde bei dem Landwirt Ad. Focken-Immerwarfen ein großer Diebstahl verübt. Die Einbrecher haben übel gehaust. Sie entwendeten, vielfach unter Zertrümmerung der zur Aufbewahrung dienenden Gefäße, 100 Pfund Schmalz, mehrere Pfund Butter, einige Weckgläser mit Schweinefleisch und Wurst sowie 1½ Molkereikäse. Herr Focken hat auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von 20 000 M ausgesetzt. Hoffentlich gelingt es, der Burschen habhaft zu werden. Wer in der erwähnten Nacht irgend etwas Verdächtiges wahrgenommen hat, wolle dies der nächsten Gendarmeriestation mitteilen.

* **Oldenburg, 15. Febr. Aufruf zur Gründung eines Freikorps.** Durch ein rotes Flugblatt — ohne Unterzeichnung — wurde gestern morgen die Bevölkerung zur Bildung eines Freikorps gegen die Bedränger des Ruhrgebiets aufgefordert. Der bei einer Firma in Eversten hergestellte Druck lautete: „Aufruf. Durch die widerrechtlichen Zwangsmaßnahmen der Franzosen und Belgier gegenüber einem wehr- und waffenlosen Volke müssen wir jede Schmach ertragen und hinnehmen. Darum schließt Euch zusammen in parteiloser, nationaler Einheitsfront. Helft zur Gründung eines Freikorps! Hierzu werden alle Deutschen über 18 Jahre zu einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, 15. Februar, abends 8 Uhr, im Waldschlößchen eingeladen.“ — Wie die Polizei feststellte, waren Angehörige des früheren Jungmannen-Bundes, der aufgelöst wurde, die Auftraggeber. Sie belegte die noch unverteilten Blätter (gedruckt waren hundert) mit Beschlag und wird ein Strafverfahren gegen die Verbreiter eröffnen. Die Versammlung ist natürlich verhindert worden. — Die „Republik“ meint: „Die deutschnationalen Helden sollte man mal einige Zeit bei Wasser und Brot einsperren, sie würden u. E. gründlich kuriert werden.“ — So hart möchten wir gar nicht urteilen, denn dies Schicksal ist vielleicht einmal ganz anderen Leuten vorbehalten. Aber unreif und unüberlegt bleibt das Unternehmen deswegen doch.

* **Oldenburg, 15. Febr. Festgenommen** wurde am 13. Februar ein Dienstmädchen von hier wegen Diebstahls von Silbersachen im Werte von 2¼ Millionen Mark. Die Sachen sind hier in zwei Edelmetallschmelzen für 180 000 M verkauft worden.

* **Bad Zwischenahn, 10. Februar. Wiederwahl des Gemeindevorstehers Feldhus.** Die Dienstzeit des Gemeindevorstehers endigte am 7. Februar, nachdem der jetzige Gemeindevorsteher, Geh. Oek.-Rat Feldhus dies Amt seit 40 Jahren innegehabt hat. Nach einigen Aussprachen wurde der Gemeindevorsteher Feldhus auf weitere acht Jahre gewählt. Er dankte dem Gemeinderat und nahm die Wahl an. In einer neuen Sitzung wurde folgender einstimmiger Beschluß gefaßt: Der Gemeinderat beschließt, den Gemeindevorsteher Geh. Oekonomierat Feldhus in Anerkennung seiner Dienste für die Gemeinde zum Ehrenbürger der Gemeinde zu ernennen.

---

* **Ostrhauderfehn, 15. Febr. In die Schleuse gestürzt** ist das vierjährige Töchterchen des Herrn A. Ulferts. Trotzdem das Kind innerhalb fünf Minuten dem nassen Element entrissen werden konnte und sofort ärztliche Hilfe zur Stelle war, konnte es doch nicht dem Leben zurückgegeben werden und ist wahrscheinlich infolge innerer Verletzungen gestorben.

* **Bremen, 15. Februar. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verboten.** Der Bremer Senat hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im bremischen Staatsgebiet verboten; die hier bestehenden Ortsgruppen müssen aufgelöst werden.

Letzte Meldungen.

Stand der Mark.

T.-U. **Berlin,** 15. Februar. Der Dollar stand heute mittag auf 19 293, das engl. Pfund auf 105 500 bis 106 000, der holl. Gulden auf 8600.

Die Kohlenzüge durch die englische Zone.

T.U. **Berlin,** 15. Februar. Wie bereits gemeldet, schweben zwischen der englischen und der französischen Regierung Verhandlungen wegen der Durchfuhr der Kohlenzüge durch die englische Besatzungszone. Wie der „B. Z.“ aus Paris gemeldet wird, erwartet man in dortigen politischen Kreisen mit Spannung den heutigen Gang der Verhandlungen des englischen Parlaments. Es heißt, daß die von Frankreich angeschnittene Kohlendurchfuhrfrage nur als Vorwand dient, um einen weit wichtigeren Schritt Frankreichs zu erörtern. Man hofft in Frankreich, durch eine Intervention Englands in der Kohlendurchfuhrfrage zu eine Entspannung zwischen England und Frankreich beizutragen.

Auslieferung des Memeler Hafens an Litauen?

Paris, 14. Febr. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas ist in der Lage, mitzuteilen daß die Botschafterkonferenz in der Montagssitzung eine die Memelfrage betreffende Entscheidung getroffen habe. Sie habe das Statut des Gebietes grundsätzlich geregelt, indem sie die Dispositionen, die sie früher gegen die aufständischen Litauer feststellte, bestätigte. Die Botschafterkonferenz habe der Regierung in Kowno mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, den Hafen von Memel unter die Souveränität der Litauer zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die litauische Regierung sich verpflichte, gewisse Bedingungen zu unterzeichnen, die sich insbesondere auf Schiffahrtserleichterungen und Durchgangsverkehr für die Nachbarstaaten usw. beziehen.

Note der Alliierten an die Angora-Regierung.

T.-U. **London,** 15. Februar. Die Alliierten haben an die Angora-Regierung eine Note gerichtet, in der sie dieser mitteilen, daß sie auf das Recht zum Halten von Kriegsschiffen in türkischen Gewässern nicht verzichten können.

Grubenarbeiterstreik in Frankreich?

T.-U. **Paris,** 15. Februar. In der „Humanité“ kündigt eine kommunistische Abordnung der französischen Grubenarbeiter einen Kohlenarbeiterstreik an, der morgen beginnen soll.

*

— **294 Minister in vier Jahren.** Wie viel schneller jetzt bei uns die Minister wechseln als früher, das geht aus einer Statistik hervor, die in Reclams Universum mitgeteilt wird. Bismarck beeinflußte fast 30 Jahre lang als Minister die Geschicke Deutschlands. In den vier Jahren seit der Errichtung der deutschen Republik haben wir 294 Minister in den verschiedenen Bundesstaaten verbraucht, davon 73 Redakteure und Schriftsteller, 62 Gewerkschaftssekretäre, 62 Juristen, 21 Kaufleute, 16 Metallarbeiter, 13 Landwirte, 11 Professoren, 6 Lehrer, 6 Holzarbeiter, 6 Industrielle, 5 Gastwirte, 5 Buchdrucker und dann noch kleinere Zahlen aus den verschiedensten anderen Berufen. Außer diesen 294 Ministern ist aber auch noch eine große Anzahl hoher Beamten, vielfach mit unverbrauchten Kräften, aus ihrer Tätigkeit gerissen worden.

— **Abgefertigt.** In der Munitionsvernichtungsanstalt in Zweedorf bei Boizenburg (Mecklbg.) erschien eine französisch-belgische „Besichtigungs“-Kommission. Die Arbeiter faßten diese Unverschämtheit jedoch anders auf als die „Herren“ Französlinge vermutet hatten und nahmen eine nicht mißzuverstehende Haltung ein, so daß die Mitglieder der Kommission verstört den Rückzug antreten mußten! — Also auch in Mecklenburg werden die Franzosen — die übrigens auch die Stadt Güstrow mit Zudringlichkeiten belästigten — gebührend abgefertigt! — Und in Wilhelmshaven?

Landesbibliothek Oldenburg

Marktberichte.

Produktenmarkt. Berlin, 12. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen 67 000, Roggen 50 000, Hafer 47 000 bis 48 000, Gerste 55 000—56 000, Weizenmehl 190 000 bis 210 000, Roggenmehl 160 000—175 000, Raps 105 000—110 000, Rapskuchen 44 000—48 000, Kokoskuchen 30 000—36 000, Kartoffelflocken 35 000—37 000, Wicken 114 000—140 000, Viktoriaerbsen 85 000—95 000, kleine Erbsen 70 000—80 000, Futtererbsen 60 000 bis 63 000 für 50 Kilogramm, Melassetorf 17 000, Weizenkleie 25 000, Biertreber 26 000, Treber 26 000, Haferschalen 22 000, Haferkleie 20 000, Strohmehl 18 000, Palmkernschrot 23 000, Sennhütte 22 000 für 50 Kg. einschl. Verpackung. Alles ab Verladestation.

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 22 500—23 000, drahtgepr. Haferstroh 22 500—23 000, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 22 000—22 500, geb. Roggenlangstroh 21 500—22 500, loses und gebündeltes Krummstroh 20 000—21 000, Häcksel 23 500—24 000, handelsübliches Heu 23 000—24 000, gutes Heu 24 000—25 000 M.

Wettervoransage für Freitag den 16. Februar.

Noch Fortdauer des herrschenden, meist heiteren Frostwetters bei schwachen, umlaufenden Winden.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 18. Februar.

Evangelische Kirche in Jever. Gottesdienst 10 Uhr: Pastor Beushausen. — Kinderlehre. — 2 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Beushausen.

Liturgischer Gottesdienst 5 Uhr: Pastor Gramberg. Quartett: Praetorius: „Siehe, das ist Gottes Lamm"; Krüger: „Herzliebster Jesu". — Beichte und Abendmahl.

Sengwarden. 5 Uhr: Passionsgottesdienst.
Wüppels. 10 Uhr: Gottesdienst.

Baptisten-Kapelle in Jever. Sonntag nachmittags 4 Uhr und Dienstag abends 8 Uhr: Gottesdienst.

Für die Geschäftsleitung und den Anzeigenteil verantwortlich: Herm. Müller; für die Schriftleitung F. A. Lange, beide in Jever.

Amtliche Anzeigen.

Nach Beschluß des Sielachtsausschusses vom 20. Dezember 1922 soll für das Jahr 1922 eine Umlage von 240 Mk. pro ha des sielpflichtigen Landes nachgehoben werden.

Das Verteilungsregister dieser Umlage liegt vom Freitag, dem 16. Februar d. Js., an bis Montag, dem 26. Februar d. J., in dem Geschäftszimmer der Amtskasse in Jever zur Einsicht der Genossen aus. Etwaige Einwendungen sind innerhalb dieser Frist hier einzureichen.

Jever, den 8. Februar 1923.

Vorstand der Wangerländischen Sielacht.
J. A.: Jantzen, Reg.-Obersekretär.

Ab 1. Februar 1923 ist für die Stadt Jever der Preis für Licht- und Kraftstrom auf 1000 Mk. pro kw festgesetzt.

Die Stättegelder sind für Pferde auf 1000 Mk., Kühe 500 Mk., Schweine, Schafe oder Ziegen auf 100 Mk. festgesetzt.

Die Erhöhung der im Statut 71 vorgesehenen Verwaltungsgebühren auf das 20fache ist vom Ministerium genehmigt. Das Statut hängt im Rathause aus.

Stadtmagistrat. (1373

Gemeinde Tettens.

Hebung für Amtsverbands- und Gemeindekasse:
Montag, 19 Febr., für Süderrott,
Dienstag, 20. Febr., für Osterrott und Zissenhausen,
Mittwoch, 21. Febr., für Norderrott,
Donnerstag, 22. Febr., für Garms und Groden,
nachmittags von 4 bis 6 Uhr.
1356) J. D. Neumann, Rechnungsführer.

Gemeinde Accum.

Die Hebung der Amtsverbands- u. Gemeinde-Umlagen, Beiträge zur Berufsgenossenschaft, Haftpflichtversicherung und der Nachtgelder am Sonnabend, dem 17. Febr. 1923, vorm. von 9 bis 12 Uhr, in meiner Wohnung für Bezirk Langewerth, nachm. von 2 bis 5 Uhr in Eschers Gasthof für Bezirk Accum. **Ed. Hinrichs.**
Langewerth, den 13. Februar 1923. (1357

Holzverkauf.

Sonnabendnachmittag 3 Uhr sollen auf dem Friedhof zu Dykhausen (1259

2 Ulmen und 3 Eschen

öffentlich meistbietend versteigert werden.
Der Kirchenrat.

Vermischte Anzeigen.

Verkauf.

Größt. Strand-Etablissement in Wilhelmshaven, 756 Qum. Grundfläche, Holzbau, mit voller Konz., mit und ohne reichh. Inventar, Unterbau teilw. Mauerw., eventuell auf Abbruch.

(550 Qum. Fußboden, 200 Qum. Glas, 120 lfdm. Träger Nr. Pr. 14, 1100 Qum. gesp. Bretter, 110 lfdm. Unterzüge i./M. 22/26, 500 lfdm. Fußb.-Lagerhölzer i./M. 14/20, 70 lfdm. Zangen, 250 lfdm. Pfosten, Pfetten usw. i./M. 10/14, 540 lfdm. Sparren und Kehlbalken, 4 gr., sehr gute Saalöfen, Toiletten, za. 50 Türen, 20 norm. Fenster, Mauersteine, Leitungen usw.)

Alles Nähere durch (1361

L. Witte Nachf.
Wilhelmshaven, Marktstraße Nr. 63.
— Fernruf 2034. —

Sammel-Auktion
in der Auktionshalle
am Sonnabend, dem 17. Februar 1923,

pünktlich 1 Uhr anfangend.

Zum Verkauf gelangen folgende Gegenstände:

Fabrikneu:

1 Elektromotor, 10,2 PS. (A. E. G.), mit Anlasser, Jahresgarantie, 1460 Touren,
1 do., neu, 1,2 PS., Kurzschluß.
1 do., 10 PS., 960 Touren, m. Anlasser.
1 do., 7½ PS., 960 Touren, m. Anlasser,
1 do., 7½ PS., 1460 Touren, m. Anlasser,
1 Motorrad NSU., 2½ PS., Modell 1914, von Fabrik überholt und vernickelt, wie neu,
1 Drillmaschine, wie neu, 1½ m, Sack
1 Zweischarpflug,
1 Wasserpumpe (3000 Ltr.),
3 Kochofen (Küchenherde),
3 Stubenofen,
1 neues Brennabor-Fahrrad,
4 Herren-Fahrräder,
3 Damen-Fahrräder,
1 elektr. Fahrradlampe,
2 Sofas, 2 Betten, 1 eis. Bettstelle,
1 sehr gut erhaltene Nähmaschine,
1 Schuhmacher-Nähmaschine, gut erh.,
1 Plüschteppich, 2½ mal 3½,
1 Smyrnateppich, 2½ mal 3½,
1 Küchenschrank mit Eichenplatte,
2 gut erh. Sessel, 2 Gartenstühle,
1 gr. Damasttischtuch, Friedensware,
1 vierrädr. Handwagen, neu,

1 Pelzvorlage, 1 Sammetjackett, 1 Fußfaulenzer, 2 Sofakissen, 1 Brenneisenstempel, 2 Fenster nebst Rahmen für Schrägkammern, 1 Opernglas, 1 Staubsauger, 2 Korbstühle mit Stickerei und 2 Fußbänken, 1 schmiedeeiserner Ständer mit Majolikatopf, metall. Tabletts, 1 bunter Blumentopf, 1 Majolika-Blumentopf, 1 Farbmühle, 1 Fleischhackmaschine, wie neu, 1 Wringmaschine, wie neu, 1 Ofenvorsatz, 1 modernes Tintenfaß, 1 Dachfenster, ungebraucht, 1 Spirituslampe, 1 elektr. Hängelampe mit Draht, 1 Spinnrad, 2 prakt. Nachtstühle, kompl. (1 Eiche), 1 Treibriemen 4½ mal 4, 1 gr. 4teiliger Kaninchenstall, mehrere Violin- u. Klaviernoten, 1 amerik. Wanduhr, 1 Petroleum-Hängelampe, 2 Petroleum-Stehlampen, 1 Paar Gardinenkasten, 1 gr. Axt, 1 Bienen-Spritze, 1 eis. Spaten, fast neu, 4 gut erh. Kartoffelsäcke, 1 Herrenjackett mit Weste, 1 Herrenfilzhut, mehr. Damenhüte, 1 Feldbesteck aus Nickel, neu, Petroleumkannen, Herrenkrawatten, 1 neues Kostümjackett, 1 blaues Kostüm, 1 dunkelbl. Kostüm, 1 Frackanzug, neu, 1 Sportmütze, 1 Paar gestickte Herrenhausschuhe, 1 Dutzd. Herrenkragen, 4 Paar baumwollene Herrensocken, 1 wollener Schal, 1 seidene Bluse, 5 Paar Damenschuhe 37, 39, 40, 41, 42, 1 Paar Herrenstiefel 44/45, 1 Korbsessel, 1 Dezimalwage, fast neu, 1 Rolle Stacheldraht, 1 Rolle Zinkdraht, 58½ Klg., 1 Milchtransportkanne, 20 Ltr., 1 Grammophon mit 10 Platten, wie neu, 1 Sportwagen m. Gummibereifung, 1 Petroleumofen, 1 Wandteller, 1 Bücherborte, 1 Paar Kindergamaschen, 2 Kinderstrohhüte, 1 Bild mit Rahmen, 3 Paket Nägel, Stubengardinen, 1 kl. Rollwagen für 10 Ztr., 2 Rollen Rohrgewebe, Gipsdecke 100 Pfd., 5 Ztr. Futterkalk in 25 Pfd. (100 Ztr. können evtl. nachgeliefert werden), 1 Ladentreppe 2,75 Mtr., 1 Herrenüberzieher, 1 Tesching 6 mm, 1 Herrenhose, 1 Herrenüberzieher, 1 neuer Gehrock, 1 Rasenmähmaschine, 1 spanische Wand, 2 Leuchter aus Holz, 8 mittelgroße Fensterrahmen mit Glas, 1 eis. Geldkassette für Hartgeld und Papier, 1 Schuhmacherlochzange, 3 Streifen Leder, 1 Paar starke Herrenhandschuhe, 1 Damenhandtasche, 1 Paar Ledergamaschen für Radfahrer, 1 Blumenständer, 1 Kaffeetisch, 1 Luftgewehr mit Scheibe und Kugeln, 1 gut erh. Zither mit Noten, 1 fast neuer Jünglingsanzug, 4 Mäntel, 1 grauer Herrenanzug,

1 Polyphon-Musikapparat mit 20 Platten für Wirtschaft.

Johann B. Wiggers
(Inh.: B. & H. Wiggers).
Jever.

An der Ruhr!

Lichtbildvortrag in 3 Abteilungen zu 90 Bildern.

1. Teil: Das industrielle Herz Deutschlands.
2. Teil: Kohle und Eisen.
3. Teil: Der Rechtsbruch an der Ruhr.

Veranstaltet vom Kriegerverein Jever am Dienstag, dem 20. Februar, im Konzerthaus in Jever.

2 Uhr nachm. Vorführung für Schüler.
8 Uhr nachm. Abend-Vorstellung.

Hierzu Eintrittspreis 200 Mk., doch sind der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt. (1366

Kassenöffnung 7 Uhr nachmittags.

Der Ueberschuß wird zur Hälfte der Ruhrhilfe, die andere Hälfte zu Wohltätigkeitszwecken für die Kriegshinterbliebenen verwendet.

Turnverein Ostiem

Sonntag, den 18. Febr.,
abends 6 Uhr anfangend:

Gesellschaftsabend

im „Ostiemer Hof", bestehend in Theater und turnerischen Aufführungen. (1373
Es laden freundlichst ein
D. Buscher. Das Komitee.

D. L. V., Hooksiel, „Oldenburger Hof".

Sonnabend, den 17. Februar 1923.

Theater-Abend.

Anfang 7 Uhr. — Es laden freundlichst ein
Der Wirt. (1364) Der Vorstand.

Einmaliges Angebot!

Prima Hemdentuch, Meter 3500 Mk.
Schöne Herren-Ulster 35 000 Mk. (1365
Herren-Anzüge 40 000 Mk.
Rock-Barchend, 100 cm breit, m 2000 Mk.
Die noch vorrätigen **Damen-Mäntel** zu jedem annehmbaren Preise.

Geschäftshaus Enno Ribbeler,
Schortens.

Für die kommende Weideperiode

habe einige zweijährige Hengste in beste, schwere Marschweide zu geben.

Annehmer wollen sich bitte umgehend melden.

Hengsthalter Gerh. Gerdes, Wittmund,
Telefon 36. (1368

Schöne Garnitur,

Sofa, 2 Sessel, 4 Polsterstühle, rot Plüsch,

tadellos erhalten, billig zu verkaufen. (1363
Wilhelmshaven, Bismarckstraße 49 ptr.

Ein Posten

Zigarren u. Zigaretten

an Wiederverkäufer noch preiswert abzugeben.

J. Lorenz, Inh.: Heinr. Hanenkamp,
Jever, Neuestraße 1. (1383

Herr Land- und Gastwirt **Diedrich Gembler** in Feldhausen bei Heidmühle läßt (1359

Sonnabend, 17. Febr. d. J.,
nachm. 1 Uhr pünktl. begd.,

bei seiner Behausung öffentlich meistbietend auf kurze Zahlungsfrist verkaufen:

4 Pferde,

darunter eine tragende Stute,

8 Läuferschweine,
20 oldenb. Ferkel,
1 bestes trag. Schaf,
2 belegte Ziegen,
40 Hühner,
150 Rrn. Sparren,
Richel- u. Brennholz,

1 Häckselmaschine, 1 Schrotmühle, 1 Pferdegeschirr, 2 Rollen neuen Stacheldraht, 5 Steinsetzerhammer, 3 Kopfsteinhammer, 2 stein. Schweineblöcke, 1 Kellertreppe, 1 Herrenfahrrad, 1 Waschmaschine, 1 Luftpumpe, 6 Stühle, 1 Sessel, 2 Tische usw.

Auswärtige oder nicht solvent erscheinende Käufer haben sofort Zahlung zu leisten oder sichere Bürgschaft zu stellen.

Käufer lade freundlichst ein.

Heidmühle. Fritz Hasche,
Amtlicher Auktionator

Gold- u. Silber-Ankaufs-Zentrale

zahlt die höchsten Tagespreise. (80
Streng reell und Verschwiegenheit.

Neuestraße 1. **H. Paphusen.** Neuestraße 1.

Eine Ladung Runkelrüben

eingetroffen. (1358
A. Drantmann Nachflg.

Jugendheim 5 Uhr.
In den Hochalpen.

Kandis.
Kunsthonig.
Otto Rastede,
Neuestraße. (1388

Schweres hiesiges (1371
Arbeitspferd
zu verkaufen, am liebsten aber gegen Schlachtvieh zu vertauschen.
Asmus, Fedderwarden.

Schwere junge fährte Kuh
gegen zeitmilch. tragendes Beest zu vertauschen.
Johann Saueressig.
Rudolfstätte. (1354

Schwere Ferkel
zu verkaufen.
Harm Jantzen.
St. Annentor. (1382

Schöne Ferkel
verkauft (1369
Decker, Moorwarfen.

Grammophon,
trichterl., schwarz Eiche, mit Tisch u. Pl., Zierstück, gegen fettes Schw., za. 3 Ztr., zu vertauschen. (1385
Angeb. nach Rüstringen, Gerichtsstraße 12 p.

Abortsgrube geg. Kartoff. zu vert. Bismarckstr. 26.

Kaufe tote Kälber als Hundefutter. (161
Am Wall 1. Kraft.

Das Deckgeld für den Prämienstier
„Baldewin"
beträgt ab heute 10000 Mk. bar, sonst doppelt.
Sande. **H. Hoting.**

Gesucht zum 1. März oder später
Verkäufer
in der Manufakturwarenbranche. Off. unter Nr. 1384 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht auf sofort ein
junges Mädchen
zur Aushilfe in der Postagentur. (1360
Fritz Hasche, Heidmühle.

Zahle für Meyers Konvers.-Lexikon,
6. Auflage, 24 Bde., 175 000 Mk.
Kaufe Brockhaus Lexikon,
Ausgabe 1908, (1362
Brehms Tierleben, gute Klassiker- und Romanausgaben in Friedenseinbänd.
Walther Brinkmann,
Bückeburg, Schulstraße 16.

Bestellungen
auf eintreffenden
Rotklee,
Weißklee,
Schwedenklee,
Engl. Reygras,
ital. Reygras,
Original gelbe
Eckend. Runkeln
(bekannte beste Qualitäten)
erbittet (1355
Anton Götz,
Altgarmssiel.

Lichtspiele

Aus dem Inhalt des sensationellen Großfilms:

Der Eisenbahnkönig

Der Skandal im Hause des Eisenbahnkönigs Löwell. — Die Tochter entführt. — Gleichzeitig verschwand ein Lokomotivführer. — Die Millionenerbin im Arbeiterviertel. — Der Detektiv Norris bereits auf der Spur. (1350

Spielzeit Freitag und Sonntag:
Anfang pünktlich 8 Uhr.
Kassenöffnung: 7½ Uhr.

Der Stahlhelm
Jever.

Neuanmeldungen werden noch vom Vorstand, Kam. Schütte, angenommen.

Zur Fahnenweihe am 25. Febr. treten sämtliche Kameraden um 1,30 Uhr pünktlich beim Vereinslokal, Haus der Getreuen, an.

Kieler Sprotten.
Vielleicht auch (1378
Bückinge.
Asseiers Obstladen.

Gestern nachm. 1½ Uhr starb nach kurzer schwer. Krankheit meine liebe Frau, unsere liebe gute Mutter (1380

Marie Harms
geb. **Eilts**
im 36. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Heinrich Harms
nebst allen Angehör.

Jever, den 15. Febr. 23.
Schützenhofstraße 3.

Beerdigung Montagnachmittag 3 Uhr auf dem Friedhofe in Jever.

Gestern nachm. 3½ Uhr entschlief sanft u. ruhig an Altersschwäche unsere liebe Schwieger-, Groß- u. Urgroßmutter, die Witwe des weiland Gerd Jantzen Oltmanns

Johanne Margarethe Oltmanns
geb. **Ricklefs**
im Alter von 83 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sandelerhorsten, 15. Februar 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 19. Februar, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Sandel statt.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter Margarete mit dem Landwirt Marten Hinrichs aus Jever beehre ich mich anzuzeigen.
Frau Edz. Jantzen Wwe. geb. Meppen.
Seriem (Ostfriesland).

Verlobte:
Margarete Jantzen
Marten Hinrichs.
Seriem. Jever.
(1353

Danksagung.

Allen denen, die unserer lieben Tochter und Schwester (1386

Johanne

die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Herrn Pastor Woebcken für die trostreichen Worte, ferner den Herren Lehrern mit ihren Kindern, sowie für die vielen Kranzspenden unsern herzlichen Dank.

A. Gembler und Familie,
Moorhausen.

Landesbibliothek Oldenburg